Karl-Rudolf Fischer „Damm gegen die Rote Flut"

Bürgerliche Wahlgeometrie im Kaiserlichen Kiel

1. Kommunalpolitik als Aufgabe für Sozialdemokraten

„Es reicht nicht, daß wir uns an den Reichstagswahlen betheiligen, sondern wir müssen mit aller Energie an die Kommunalwahl herantreten. ... Eine große Partei hat das Recht, in die Stadtvertretung einzutreten, das ist nicht ein Privileg der anderen Parteien ...".[1]

Stephan Heinzel, einer der prominenten und einflußreichen Kieler Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts, rief mit diesen Worten im Oktober 1890 die Arbeiter der Fördestadt zur Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen auf. Damit formulierte er selbstbewußt ein politisches Ziel, das für seine Partei durchaus strittig war.

Lange Zeit hatten die Führer der Sozialdemokratie Zweifel, ob diese

„aufwendige, aufreibende, zunächst jedoch praktisch ergebnislose Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung nicht unsinnig und grundsätzlich ein zu weitgehendes ‚Sicheinlassen' auf die vom Klassengegner vorgegebenen repressiven Spielregeln war."[2]

Doch: Jede politische Stadtlandschaft erscheint als Spiegel der Wünsche, Träume und Hoffnungen der Menschen, die in ihr leben und arbeiten. Und markierten nicht die Ziele der Arbeiterbewegung *„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"* auch politische Ansprüche im kommunalen Bereich? So erhoben auch die Arbeiter die Forderung nach der Teilhabe an der „Stadt", der Urheimat des Bürgertums als herrschender Gesellschaftsklasse. Damit brach die traditionelle Einheit von der sozialen Natur des „Städtischen" und seiner politischen Gestalt auseinander: Es sollte nicht länger das Bürgertum sein, das sich als Bürgerschaft politisch repräsentierte.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Entscheidung für eine aktive Kommunalpolitik als ein weiterer erfolgreicher Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung unserer Gesellschaft. Auch für die Kieler SPD erhielt dieser Schritt zur politischen Partizipation im kommunalen Raum Relevanz.[3] Als große Hemmnisse erwiesen sich für die Sozialdemokraten die Bestimmungen des Klassenwahlrechts: Die Stimmabgabe war an den Erwerb des Bürgerrechts und an eine Mindeststeuerleistung gebunden, den sog. „Zensus". Zwar bestand eine solche Zensus-Beschränkung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichstages nicht, bei den kommunalen Wahlen allerdings verhinderte diese Vorschrift lange Zeit den Erfolg der Arbeiterparteien.

Die Begründung dieses repressiven Wahlrechts lag im übrigen im sog. „Selbständigkeits-Prinzip", welches meinte, daß nur der über die Belange des Gemeinwohls entscheiden könne, der auch in entsprechendem finanziellen Rahmen, d. h. eben durch die Höhe seines Steueraufkommens, die Gemeindelasten trüge. Wählen durften nur „Bürger", d. h. volljährige, unbescholtene Angehörige des Reiches, die zudem noch über – in diesem Fall von der Stadt festgesetztes – Steueraufkommen, Hausbesitz oder ein stehendes Gewerbe verfügten. Frauen waren von der Wahl ausgeschlossen, so daß letztlich nur etwa 6–10 % der Einwohner über die kommunale Politik entschieden.[4]

[1] Kieler Zeitung vom 30. 10. 1890.
[2] Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt/M. 1985, S. 137.
[3] Vgl. dazu Rainer Paetau, Das kommunalpolitische Programm der schleswig-holsteinischen SPD von 1901, in: Demokratische Geschichte I, Jahrbuch z. Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Kiel 1986, S. 47–55.
[4] J. Reulecke, a.a.O., S. 132.

Darüber hinaus bedienten sich die bürgerlichen Magistrate noch einer weiteren Fessel, die gezielt zur Benachteiligung der Arbeitervertreter eingesetzt wurde und die am Beispiel Kiels erläutert werden soll: die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke.

2. Sozialdemokraten im Kieler Rathaus

Bereits ein Jahr vor der Rede Stephan Heinzels hatten sich die Kieler Sozialdemokraten – allerdings ohne die Chance auf Erfolg – an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt. Doch in diesem November 1890 kam es zur politischen Überraschung: Nach der Auszählung der Stimmen brachen die vielen Arbeiter, die am 4. November im Rathaus auf die Ergebnisse warteten, in großen Jubel aus. Erstmals würden mit Heinzel und dem Maurer Friedrich Brodthuhn zwei Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung einziehen. Dieser Erfolg gründete sich zum einen auf der geringen Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler; so gaben überhaupt nur 28 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab und darunter wird die Zahl derer, die die Sozialdemokratie wählten, sehr groß gewesen sein. Denn die Arbeiter zogen, wie Wilhelm Brecour, der Chronist der Kieler SPD, schrieb, *„in Gruppen, in ganzen Kolonnen . . . heran, um die Mittagsstunde zur Stimmabgabe auszunutzen.“*[5]

Stephan Heinzel, Stadtverordneter der SPD, um 1890

[5] Wilhelm Brecour, Die sozialdemokratische Partei in Kiel, Kiel 1983 (Nachdruck), S. 85.

Andererseits schien für diesen Augenblick die soziale Realität durch die bürgerliche Politikfassade. Auch in Kiel vollzogen sich, wie in vielen Städten des Reiches, ungeheure soziale Umwälzungen. Der Wirkungszusammenhang von steigender Industrialisierung und der damit notwendig gewordenen Mobilität der Arbeiter sowie der steigenden Bevölkerungszahl prägte die Stadtentwicklung: Aus der idyllisch an der Förde gelegenen Kleinstadt, die Kiel noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen war, wurde ein Industrie- und Verwaltungszentrum. So setzten sich im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts die industriellen Fabrikationsstätten gegenüber Handel und Gewerbe durch; den Werften kam größte Bedeutung zu: Die Howaldtswerft fusionierte mit der Maschinenfabrik der Gebrüder Howaldt und stellte zur Anhebung der Produktion neue Arbeiter ein. Die Vergrößerung der kaiserlichen Flotte führte zur Ausdehnung der „Kaiserlichen Werft": 1897 mußte die „Germania-Werft" in die Hörn ausweichen, 1903 erweiterte die Werft ihr Gelände auf dem Boden des idyllischen Fischerdorfes Ellerbek, das dadurch zerstört wurde.

Die Hoffnung, Arbeit und Lohn zu finden, zog wiederum viele Menschen in die Stadt. So weist die Bevölkerungsstatistik Kiel als Großstadt mit überdurchschnittlicher Steigerung der Einwohnerzahl aus: Wohnten in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur etwa 16 000 Menschen in der Stadt an der Förde, so stieg ihre Zahl 1885 bereits auf über 50 000 an. Um die Jahrhundertwende erreichte die Quote bereits die 100 000-Einwohnergrenze, um sich dann innerhalb von nur zehn Jahren auf 225 161 Einwohner zu verdoppeln.[6]

Viele dieser „Neu-Kieler" waren alleinstehende junge Arbeiter, die oftmals über Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit oder der Parteitätigkeit in der Sozialdemokratie verfügten. Sie erkannten den politischen Wert, den die Teilhabe an der Macht darstellte und organisierten sich. Die „Schleswig-Holsteinische Städteordnung", die auf einem Entwurf des Kieler Staatsrechtlers Prof. Albert Hänel beruhte und das Wahlrecht für Kiel kodifizierte, unterschied sich in einigen Bestimmungen zwar vom preußischen Dreiklassen-Wahlrecht, zeitigte aber ähnliche Ergebnisse.

Zurück zur Kommunalwahl im November 1890: Da alljährlich Ergänzungswahlen stattfinden mußten, die „Städteordnung" sah nämlich vor, daß jedes Jahr ein Sechstel der Stadtverordneten auszuscheiden hatte[7], und da erst zwei der vier neuen Stadtverordneten gewählt waren, rechnete der Magistrat für die zweite Ergänzungswahl am nächsten Tag mit einem ähnlichen Ergebnis; zudem bestand für ihn die Gefahr,

„daß, wenn die Socialdemokratie erst einmal in das Stadtkollegium eingedrungen ist, sie auch in absehbarer Zeit die Mehrheit erlangen wird."[8]

Und die bürgerlichen Politiker reagierten schnell, die Wahl wurde verschoben und ihre Kandidaten bei hoher Wahlbeteiligung vier Wochen später dann gewählt.

Die Unsicherheit im bürgerlichen Lager konnte allerdings auch durch die Verschiebung der Wahl und den anschließen-

[6] Rüdiger Wenzel, Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914, Kiel 1978, S. 35.

[7] Ebd., S. 105.

[8] Kieler Zeitung vom 4. 11. 1890.

den Wahlerfolg nicht gemindert werden, denn zu deutlich zeichnete sich die politische Zukunft der Sozialdemokratie ab. Es stimmte, daß die steigende Zahl von zuziehenden Arbeitern und die durchgesetzten Lohnerhöhungen zur Anhebung des sozialdemokratischen Wählerpotentials führen würden. Der Magistrat stellte also den Antrag, den Wahlzensus, d. h. das Steueraufkommen, das das Bürgerrecht erwirkte, von etwa 600 Mark auf 1200 Mark zu erhöhen. Dem verschlossen sich die bürgerlichen Stadtverordneten auch nicht, so daß – nach der Lösung kurzfristiger juristischer Probleme – ca. 5000 Wähler ihr Wahlrecht verloren. Für die Sozialdemokraten trat ein zusätzliches Problem auf: Da ihr Stadtverordneter Brodthuhn mit nur 1000 Mark zur Steuer veranlagt worden war, beantragte der Magistrat zudem seine Entlassung aus dem Stadtkollegium.[9] Gegen den großen Widerstand der SPD, den Stephan Heinzel in den Stadtverordnetenversammlungen heftig formulierte, schied der Maurer dann 1893 bereits aus, so daß Heinzel für den Rest der sechsjährigen Legislaturperiode allein die Interessen der Arbeiter Kiels vertrat.

Für die Sozialdemokratie erschien eine Wiederholung ihres Wahlerfolges in absehbarer Zeit nicht möglich; ihre Politiker zogen sich deshalb aus der kommunalen Politik Mitte der neunziger Jahre zurück.

3. Die Bezirkswahlen: „Damm gegen die rote Flut"

Bis zur Jahrhundertwende gelang es aber der SPD, ihr Wählerpotential zu verdreifachen:

„Die Steigerung der Löhne seit 1892 hatte ... inzwischen bewirkt, daß ‚zahlreiche Sozialdemokraten die dem Wahlzensus genügende Einkommensstufe' erreicht hatten. Jede neue Steuereinschätzung verhalf zusätzlich einer beträchtlichen Anzahl Arbeitern zur Bürgerschaft".[10]

Dazu kam, daß sich die bürgerlichen Gruppen in wachsendem Maße zerstritten. Anlaß war die beabsichtigte Einführung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, das eine Gruppe von bürgerlichen Politikern zum Schutz gegen die Sozialdemokraten favorisierte.

„Hatte schon früher der ... Stadtverordnete Niepa erklärt, daß er bei weiterem Steigen der roten Flut zu Veränderungen ‚unserer schönen schleswig-holsteinischen Städteordnung' die Hand bieten würde",[11]

so sprach sich auch der bürgerliche Kandidat zur Kommunalwahl 1904, Thomsen, dafür aus. Doch im Bürgerblock fand sich für diese Neuerung keine Mehrheit; die Zersplitterung allerdings nutzte den Sozialdemokraten, denen es in der Wahl 1904 gelang, zwei der neu zu besetzenden fünf Mandate zu erobern. Auch drei Jahre später setzte die sozialdemokratische Partei fast alle ihre Kandidaten durch.

Bis auf Poller und Christophersen erhielten alle im Aufruf[12] genannten Kommunalpolitiker ihr Mandat.

[9] Zur Entlassung Friedrich Brodthuhns s. Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 1551.

[10] Rüdiger Wenzel, a.a.O., S. 93.

[11] Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 23. 11. 1909.

[12] Flugblatt der SPD zur Kommunalwahl im November 1904.

Wir empfehlen zu wählen:

Am 25. November:

Arbeitersekretär **G. Niendorf,**
Agent **E. Cappel** und
Expedient **D. Rindfleisch.**

Am 26. November:

Parteisekretär **W. Poller,**
Kassierer **Fr. Christophersen** und
Kolporteur **R. Grünig.**

Am 27. November:

Privatier **H. Mähl.**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Verlag von A. Schuster in Kiel. — Druck von Chr. Haase & Co. in Kiel.

Die Kandidaten der SPD für die Stadtverordnetenwahl von 1907

Die Statistik des Stimmverhaltens der Kieler[13] macht den politischen Wandel, der um die Jahrhundertwende seinen Höhepunkt erreichte, besonders sichtbar:

Tabelle 1: Kommunalwahlen in Kiel 1902 bis 1908

	1902	1904	1905	1906	1907	1908
wahlberecht. Bürger	9029	11 523	12 578	14 602	17 237	21 275
Wähler	2392	3257	6737	7584	9592	13 375
Stimmen f. Sozialdemok.	203	1401	2454	2913	4754	6674
Stimmen f. Bürgerliche	2185	1810	4278	4627	4786	6641
%-Werte sozialdemok.	8,7	9,7	36,5	38,9	49,5	50,3
%-Werte bürgerlich	91,3	55,5	63,5	61,0	50,4	49,6

Die Zahl der Stadtverordneten betrug 30; davon erhielten die Sozialdemokraten im Jahre 1904 zwei, 1905 drei, 1906 ebenfalls drei, 1907 dann sechs und im Jahre 1908 sogar 11 Sitze.

[13] Vgl. dazu Akte Nr. 28654 im Stadtarchiv Kiel; der Restbetrag aus der Addition der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Stimmen verteilt sich auf die Stimmenthaltungen und die ungültigen Stimmkarten; alle folgenden Wahlstatistiken sind dieser Quelle entnommen.

Da die Einführung des Dreiklassenwahlrechts scheiterte, die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit aber sich immer deutlicher abzeichnete, suchte der Bürgerblock nach einer Alternative.

Und die bürgerlichen Politiker konnten sich auch bald einigen; Lösung:

„Statt des Dreiklassenwahlrechts zwangen sie den Bürgern eine Bezirkseinteilung auf. An und für sich lassen sich Bezirkseinteilungen wohl anerkennen. Wenn die Bezirkseinteilung aber ausschließlich zu dem Zweck gemacht wird, eine einzige Partei zu vergewaltigen und ... widerliche und gemeingefährliche Winkelpolitik groß zu ziehen, so ist sie ein Skandal."[14]

1909 führte der Magistrat in Kiel das Prinzip der Bezirkswahlen ein. Die Stadt fiel nun in fünf Wahlbezirke[15] auseinander, die jeweils eine bestimmte Zahl von Stadtverordneten zu wählen hatten und die sich in vier Bezirken durch den niedrigen Stimmenanteil der sozialdemokratischen Wähler „auszeichneten":

I. Bezirk Kiel-Süd:	etwa der Bereich Kirchhofallee, Papenkamp sowie Winterbeker Weg und Sophienblatt.
II. Bezirk Kiel-West:	etwa der Bereich Wilhelmplatz, Eckernförder Allee, „Franzosenviertel" und Hohenzollernpark.
III. Bezirk Kiel-Altstadt:	Stadtkern, Großer u. Kleiner Kuhberg, Exerzierplatz und Gängeviertel.
IV. Bezirk Kiel-Nord:	etwa der Bereich um die Esmarchstraße, Niemannsweg, Brunswik und Düsternbrook sowie das „Stinkviertel".
V. Bezirk Kiel-Gaarden.	

Am Beispiel dieser Bezirkseinteilung soll aufgezeigt werden, wie sich die spezifischen Arbeiterwohnviertel in Kiel herausbildeten, welche Entwicklungen sie um die Jahrhundertwende vollzogen und wie das Wahlverhalten ihrer Bewohner aussah.

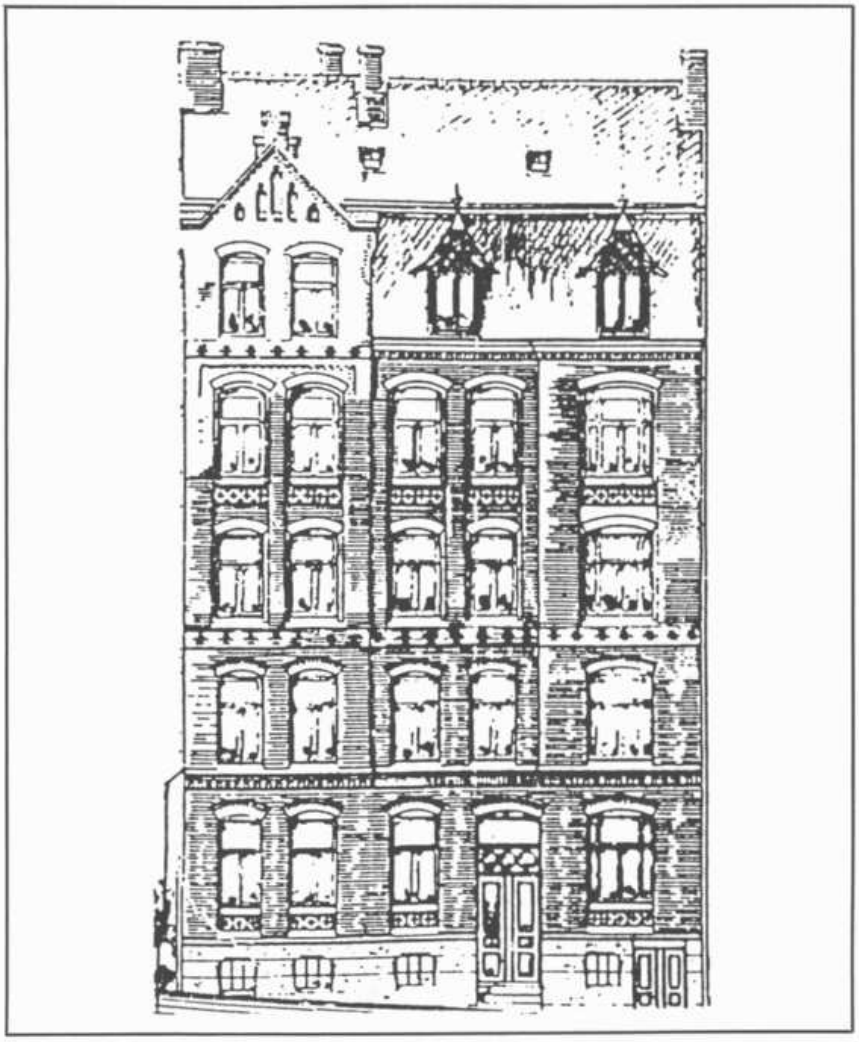
4. „Rotes Gaarden" und „Bebel-Burg" – Wohnen und Wählen der Arbeiter Kiels

Bezirk I – Süd

Die Konsequenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie der stadtplanerischen Reaktionen darauf werden nirgends in Kiel so deutlich wie im städtischen Süden und auf dem Ostufer. An die Industrieanlagen anschließend errichtete die Stadt zusammen mit den Werften und den Arbeiterbauvereinen ausgedehnte Wohngebiete, die ihrer Struktur nach einander sehr ähnlich waren.

Im Wahlbezirk I. überstieg besonders *„nach den Eingemeindungen vom April 1910 die Gruppe der Arbeiter und Gesellen der Zahl nach alle übrigen Gruppen ..."*[16], notierte das Statistische Landesamt in Kiel; eingemeindet wurden Gaarden-Süd und Hassee. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren diese Gebiete ländlich strukturiert und relativ dünn besiedelt; in den achtziger Jahren allerdings ließen sich bereits kleine Industrieanlagen dort nieder: Speditionsbetriebe wegen der Bahnhofsnähe, Ziegeleien, Baustoff- und Holzhandlungen. Es entstand ein erstes relativ geschlossenes Arbeiterviertel auf dem Westufer. Die vorherrschende Bauart der nun neu entste-

[14] Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 23. 11. 1909.
[15] Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 28654.
[16] Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 28654.



Typisches Kieler Arbeiterwohnhaus um die Jahrhundertwende

henden Häuser war die vier- bis fünfstockige Mietskaserne, deren Wohnungen bis zu drei heizbare Zimmer umfaßten.[17]

Auch die ehemalige Katensiedlung Winterbek wandelte sich zu einem gewerblichen Vorort; 1909 arbeiteten dort mehrere Ölfabriken, Betriebe der Seifenherstellung und einige Brauereien. Am Beispiel der Einwohnerstruktur[18] wird der Wandel zum Arbeiterwohnbezirk besonders deutlich: 1907 gaben 103 Personen ihren Beruf mit Arbeiter bzw. Handwerkgeselle an. Nur 18 Anwohner führte das Adreßbuch Kiels als „kleine" und „mittlere" Beamte oder Selbständige auf.

Als nun die Ergebnisse der ersten Wahl im Bezirk Kiel-Süd nach der neuen Bezirkseinteilung vorlagen, konnte sich der Magistrat zufrieden wähnen. Im Arbeiterviertel setzte sich der Postsekretär Schnoor mit 1798 Stimmen gegen seinen sozialdemokratischen Konkurrenten, den Handelsvertreter Biskupek, durch, der allerdings nur etwa 200 Stimmen weniger erhielt. Die „Kieler Zeitung" meinte nun, damit den Damm gebaut zu haben gegen die Sozialdemokratie, so daß *„das Ergebnis bei den nächsten Wahlen ... noch günstiger"* sein werde.[19] Doch sollte sich diese Einschätzung der politischen und sozialen Situation als grundfalsch herausstellen; bei der nächsten Wahl fiel der Stimmbezirk an die Sozialdemokratie. Kiel-Süd wurde zu einer der stadtinneren sozialdemokratischen Hochburgen:

[17] Vgl. dazu Kai Detlev Sievers (Hrsg.), Materialien zur Kulturgeschichte Kiels aus der Zeit des Zweiten Deutschen Kaiserreiches 1871–1918, Kiel 1979.

[18] Alle Daten entstammen den Kieler Adreßbüchern; aufgeführt sind nur die Hauptmieter; die Zahlen geben keine Auskunft über die Größe der Familien; die Anwohnerzahl war tatsächlich also wesentlich höher.

[19] Kieler Zeitung vom 25. 11. 1909.

Tabelle 2: Wahlergebnisse im Stimmbezirk Kiel-Süd 1909 bis 1911

	24. 11. 1909	23. 11. 1910	29. 11. 1911
Wahlberechtig.	4899	7030	8030
Wähler / %	3396 / 69,3 %	4799 / 68,2 %	5696 / 70,9 %
Stimmenzahl d.Gewinners	1798	2624 2612	3055 3040
Name	Schnoor	Brecour (SPD) Buttmann (SPD)	Ribbe (SPD) Spiegel (SPD)

Bezirk II – West

Hier gelang es den bürgerlichen Parteien, bei allerdings sehr knappen Mehrheiten, ihre führende Position zu behaupten. Besonders die Hinzuziehung des bürgerlich-konservativen Stadtteils Hasseldieksdamm im Rahmen der Bezirkseinteilung erwies sich aus Sicht der Bürgerlichen als richtig; in Verbindung mit den Wohnstraßen um den Hohenzollernpark (heute Schrevenpark) und den sozial gemischten Wohngebieten um den Jungfernstieg brachte diese Maßnahme die notwendige Stimmenmehrheit für sie. Ein typisches Arbeiterviertel dagegen, nur durch die Straßenbreite der Eckernförder Allee vom „reichen" Wohnbereich Hohenzollernpark entfernt, war das sog. „Franzosenviertel". Sein Name leitet sich von den in Erinnerung an den „glorreichen Sieg" im Krieg gegen die Franzosen 1870/71 gegebenen Straßennamen ab: Wörth-, Spichern-, Gravelotte-, Metz- und Weißenburgstraße. Eine Bezeichnung übrigens, die bis heute im Volksmund beibehalten wurde.

1899 wohnten in der Weißenburgstraße bereits 114 Arbeiter und Gesellen mit ihren Familien. Und nur 22 der erfaßten Mieter, also nur eine sehr kleine Zahl, gaben als Beruf eine Position als Beamter an oder waren selbständig. Die meisten dieser Straßen waren und sind immer noch reine Wohnstraßen. Ein kleines infrastrukturelles Zentrum stellte die Metzstraße mit einer geringen Zahl von Geschäften dar; die Nähe zum Exerzierplatz mit Handwerks- und Kolonialwarengeschäften verhinderte wohl eine Ansiedlung von weiteren Betrieben. Ein Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die Weißenburgstraße immer noch ihren Charakter als Arbeiterwohngebiet behalten: 221 Arbeiter und Angestellte lebten jetzt dort, 66 Handwerker und Beamte.

Zum Vergleich: In der Goethestraße, die zum Wohngebiet Hohenzollernpark gehört, lebten 1913 bereits 78 Personen, die Angestellte bei der Marine oder der Stadt waren, 48 gaben gar eine Stellung in der Beamtenschaft an und neben 21 Akademikern wohnten nur 5 Arbeiter dort.

Bei der Wahl 1909 gelang es dem bürgerlichen Kandidaten, ohne große Probleme die Mehrheit zu erringen: Bäckermeister Voß erhielt fast 500 Stimmen mehr als der Buchhalter Hass für die Sozialdemokratie. Zwar schwand in den folgenden Jahren der Stimmenvorsprung kontinuierlich, daran änderte auch die Aufstellung von bekannten Kandidaten, z. B. des in ganz

Der Hohenzollernpark, heute Schrevenpark, um die Jahrhundertwende. Wie auf dem Bild deutlich zu erkennen ist, ist das Areal um den Park im Gegensatz zu heute noch nicht vollständig bebaut: Viele Straßenzüge befanden sich damals erst im Aufbau. In dem auf der rechten Fotoseite abgebildeten Viertel um die Goethestraße wohnten hauptsächlich Angehörige der oberen Schichten.

Schleswig-Holstein prominenten Rektors Hoff oder des Werftbesitzers Kolbe, nichts:

Tabelle 3: Wahlergebnisse im Stimmbezirk Kiel-West 1909 bis 1911

	24. 11. 1909	23. 11. 1910	29. 11. 1911
Wahlberechtigte	4587	4799	5252
Wähler / %	3267 / 71,4 %	3239 / 67,5 %	3734 / 71,1 %
Stimmenzahl d.Gewinners	1894	1773 1767	2038
Name	Voß	Möller Kolbe	Jürgensen

Bezirk III – Altstadt

Ebenso wie im zweiten Bezirk rechneten die bürgerlichen Parteien auch im Bezirk III. erfolgreich auf die Mehrheit. Ursachen fanden sich in der sozialstrukturellen Situation: Der Anteil der Wohnbevölkerung in der Innenstadt ging seit etwa 1890 zurück, indem dort ein kleines Geschäfts- und Verwaltungszentrum entstand. Ähnlich wie in Kiel-West oder Kiel-Nord hat dieser Bezirk nur ein geschlossenes Arbeiterwohngebiet aufzuweisen, das zudem seinen Charakter in den Jahren bis zum Weltkrieg verlor: das „Gängeviertel". Das waren die engen Gassen und kleinen Straßenzüge um den Großen und Kleinen Kuhberg, um die Prüne, den Prüner Gang und den Bäckergang als zentrale Straßen. Hier wurden auch die für Kiel ansonsten untypischen Hinterhöfe gebaut. Aus den Akten der Wohnungsprüfungskommission[20] ist der schlechte Zustand die-

[20] Bericht der Wohnungsprüfungskommission des Magistrats der Stadt Kiel, Kiel 1908.

ser Häuser und Wohnungen zu erkennen, da sie fast in jeder der Straßen große Mängel und ungesunde Wohnbedingungen vorfand. Um die Jahrhundertwende bot der Große Kuhberg dann bereits das Bild eines kleinen Geschäftszentrums; es sind kleine und mittlere Handwerksbetriebe entstanden, die der alltäglichen Güterversorgung dienten und nahe am Stadtkern lagen, was ja eine günstige Geschäftslage versprach.

Nach der Einführung der Bezirkswahlen fiel es nun den beiden Kandidaten aus dem Bürgertum, Kaufmann Johannsen und Direktor Baur, nicht schwer, sich gegen ihre Konkurrenten mit etwa 700 Stimmen Vorsprung durchzusetzen.

Tabelle 4: Wahlergebnisse im Stimmbezirk Altstadt 1909 bis 1911

	24. 11. 1909	23. 11. 1910	29. 11. 1911
Wahlberechtigte	4531	4794	5176
Wähler / %	3056 / 67,4 %	4794 / 60,77 %	3295 / 63,6 %
Stimmenzahl	1833		1917
d. Gewinners	1838	1729	1906
Name	Johannsen Baur	Andresen	Ahlmann Kähler

Bezirk IV – Nord

Auch im Bezirk Nord blieb die konservative Mehrheit erhalten. Am Steilufer der Förde war bereits Mitte des 19. Jahrhunderts ein kleines Villenviertel entstanden mit attraktiven Einfamilienhäusern und großzügigen Parkanlagen. Diese Art der Bebauung schrieb dann die Bauordnung im Jahre 1905 auch für die Zukunft fest; Mietskasernen nach dem Ostufer-Vorbild fehlten fast völlig in dem Villenbezirk Düsternbrook.[21]

Auch die Mehrzahl der umliegenden Straßenzüge, so z. B. die als Prachtboulevard geplante Esmarchstraße, wies eine Bewohnerschaft aus der gehobenen Mittelschicht auf; als da waren Angestellte der Marine, Beamte der Stadt oder der Militärverwaltung.

Besonders zu erwähnen ist allerdings das sog. „Stinkviertel" an der Nordgrenze des Bezirks, an der Gutenbergstraße. So genannt nach den unangenehmen Folgeerscheinungen der Schlackensteinfabrik, der Müllverbrennungsanlage und der Abdeckerei, die in unmittelbarer Nachbarschaft arbeiteten. An der Gutenbergstraße war nämlich auf Initiative des „Kieler Bau- und Sparvereins" 1901 ein erstes Gebäude entstanden, das dann vom Volksmund als „Bebel-Burg" tituliert wurde und damit auch treffend die politische Ausrichtung seiner Bewohner wiedergab.

Die Zielsetzung des Bauvereins war es, in etwa 20minütiger Entfernung vom Stadtzentrum Wohnungen zu bauen, die später in das Eigentum der Mieter übergehen sollten.

Für den relativ großen Bezirk Nord mußten in der Ergänzungswahl 1909 zwei Kandidaten gewählt werden; es setzten sich mit über 500 Stimmen die bürgerlichen Bewerber durch:

[21] Vgl. dazu Gerhard Kaufmann, Das alte Kiel, Hamburg 1978.

Tabelle 5: Wahlergebnisse im Stimmbezirk Nord 1909 bis 1911

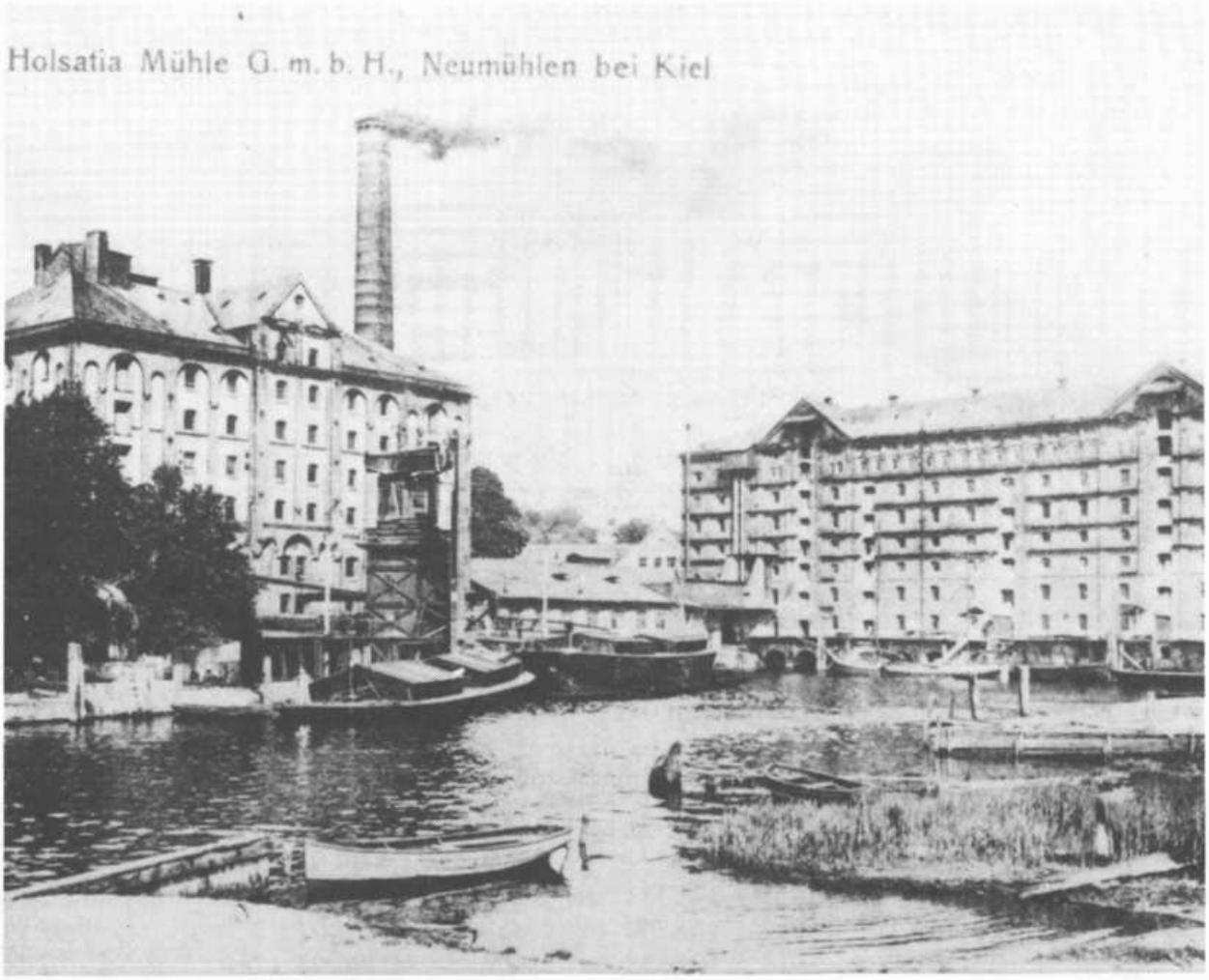
	24. 11. 1909	23. 11. 1910	29. 11. 1911
Wahlberechtigte	4915	5254	5814
Wähler / %	3367 / 68,5 %	3518 / 66,8 %	3957 / 68,0 %
Stimmenzahl	1907		2137
d. Gewinners	1905	1973	2129
Name	Siem		Prof. Doorman
	Schmidt	Schmidt	Hahn

[22] Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 28654.

Bezirk V – Gaarden

„Der Wahlbezirk V. [war] für die bürgerlichen Parteien [von Anfang an] verloren" berichtete Oberbürgermeister Lindemann an den Regierungspräsidenten in Schleswig.[22] Sowohl in Gaarden-Ost, 1901 eingemeindet, als auch in Gaarden-Süd, das 1910 zu Kiel kam, erzielte die Sozialdemokratie ihre besten Ergebnisse. Schon mit der Erhebung Kiels zum Reichskriegshafen 1871 begann die tiefgreifende Umstrukturierung des Ortes. Um die Werftarbeiter und ihre Familien unterzubringen, wurde von der Stadt und privaten Trägern der Bau von Mietwohnungen initiiert. Vier- bis fünfstockige Kasernenbauten prägten das Bild der Gaardener Straßenzüge; dort mußten in

Um die Holsatia-Mühle entstand im 19. Jahrhundert das erste Kieler Arbeiterwohngebiet (Foto: Privatbesitz)



sehr beengten Verhältnissen die Arbeiter mit ihren oft großen Familien leben.[23] Zu den Wohnräumen zählte zudem die Küche, in der sich zwischen Herd, Holztisch und Zinkwanne das alltägliche Leben abspielte und die manchmal sogar als Schlafstätte untervermietet wurde. Auf fließendes Wasser in der Wohnung mußten viele Mieter verzichten, die sanitären Anlagen waren meist weit weg im Hinterhof zu finden. Hier lebten nun die meisten der Kieler Arbeiter; Gaarden wurde schnell zum „roten Gaarden": 1909 erhielt der sozialdemokratische Parteisekretär Wilhelm Poller 2195 Stimmen, sein Gegner ganze 650:

Tabelle 6: Wahlergebnisse im Stimmbezirk Gaarden 1909 bis 1911

	24. 11. 1909	23. 11. 1910	29. 11. 1911
Wahlberechtigte	4510	7538	8288
Wähler / %	2847 / 63,1 %	4759 / 62,8 %	5047 / 60,9 %
Stimmenzahl d. Gewinners	2195	3363 3654	4023
Name	Poller (SPD)	Adler (SPD) Adam (SPD)	Buttmann (SPD

1909, so das Fazit, und in den folgenden beiden Jahren ging die bürgerliche Wahlmanipulation des Kieler Magistrates auf: Von den fünf Wahlbezirken setzten sich zuerst in vier, dann in dreien die Vertreter des Bürgertums durch. Doch waren in den Bezirken I. und II. die Mehrheiten denkbar dünn; es erschien mehr als wahrscheinlich, daß diese Positionen in den kommenden Jahren kaum mehr zu halten sein würden. Dazu kam, daß das Wahlverhalten der Arbeiter Kiels eine über Jahre gleichbleibende Orientierung auf die Sozialdemokratie hin zeigte:

Tabelle 7: Wahlverhalten der sozialen Schichten[24]

a) Stimmen der Arbeiter und Gesellen:

Jahr	Wähler	bürgerl. St.	%	sozial.St.	%
1909	7971	510	6,41	7444	93,39
1910	10 817	700	7,26	10 032	92,74
1911	12 465	913	8,15	11 449	91,85
1912	12 298	761	6,66	11 479	93,34
1913	11 220	233	2,08	10 987	97,92

b) Stimmen der sonstigen Berufe:

Jahr	Wähler	bürgerl. St.	%	sozial. St.	%
1909	7971	7572	94,99	371	5,01
1910	8386	7885	94,03	442	5,97
1911	9233	8686	94,08	460	5,92
1912	8750	8406	96,07	317	3,93
1913	6835	6625	96,93	210	3,07

[23] Vgl. dazu Jens Christian Jacobsen, Aus dem Leben einer Kiel-Gaardener Werftarbeiterfamilie, in: Demokratische Geschichte I, Jahrbuch z. Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Kiel 1986, S. 123–160; der Aufsatz bezieht sich zwar auf die Lebenssituation der Arbeiter ab etwa 1913, kann aber als exemplarisch auch für die Jahre davor gelten.

[24] Rüdiger Wenzel, a.a.O., S. 114.

Dazu kam, daß unter den jährlich das Wahlrecht erhaltenden Bürgern die Zahl der Arbeiter und Gesellen höher lag als die der übrigen Berufssparten. 1910 waren z. B. über 50 % der Wahlberechtigten in der Fördestadt Arbeiter, Gesellen, unselbständige Handwerker u. ä.

„Aus den gegenüber der 1910 und 1911 für die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen geht ... hervor, daß jede Wahl zu Gunsten der letzten hätte ausfallen müssen, wenn nicht 1909 Bezirkswahlen eingeführt worden wären"[25].

Dies war die aus Sicht des Bürgertums sicher zufriedenstellende Bewertung der geschaffenen Wahlgeometrie; was also lag näher – angesichts der abzusehenden Entwicklung – als wiederum zu diesem Mittel der Manipulation zu greifen.

[25] Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 28 654.
[26] Wilhelm Brecour, a.a.O., S. 89.
[27] Akte Stadtarchiv Kiel Nr. 28 654.

5. 1912 – Der zweite Schritt

Der Kieler Magistrat hatte nach den Eingemeindungen von Ellerbek und Wellingdorf, Hassee und Gaarden-Süd die Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 erhöht. Gleichzeitig wurde eine neue Bezirkseinteilung in Kraft gesetzt:

„Das statistische Amt hatte gezirkelt, gerechnet, addiert und subtrahiert, multipliziert und dividiert, bis es die Wahlbezirke so abgegrenzt hatte, daß sie zwar alle so ziemlich gleiche Einwohnerzahlen hatten, in zwei Bezirken aber fast ausschließlich Arbeiter, in den beiden anderen in der Mehrheit der Mittelstand und die bessersituierte Bevölkerung wohnte."[26]

Der Magistrat hatte sich nämlich für die Aufteilung in vier Bezirke – und damit gegen die alternative Gliederung in acht – entschieden, um nicht die tatsächliche Absicht der Wahlmanipulation zu offensichtlich werden zu lassen.

Das Ergebnis der Wahl von 1910 beispielsweise zugrunde gelegt, so hätte die Aufteilung in acht Wahlbezirke ein durchaus positives Ergebnis gebracht, wie die zeitgenössische Statistik zeigt:[27]

Tabelle 8: Wahlergebnis 1910 auf acht Wahlbezirke umgerechnet

Wahlbezirk	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der zur Wahl Erschienenen	Davon wählten bürgerlich	sozial. Demokrat.	zersplittert
I	4024	2351	518	1829	4
II	4264	2694	502	2187	5
III	4065	2786	1005	1714	67
IV	3961	2879	1491	1340	48
V	4030	2939	1641	1295	3
VI	4038	2678	1475	1174	29
VII	3972	2504	1437	1052	15
VIII	4210	2867	1530	1306	31
Zus.	32564	21698	9599	11897	202

[28] Wilhelm Brecour, a.a.O., S. 89.

In fünf der acht Stimmbezirke wären bürgerliche Mehrheiten zustande gekommen; doch hätte dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Verhältnisse der Stadt wie eine Farce gewirkt.

Die Wahlbezirke wurden nun wie folgt geschnitten:
Bezirk I. entsprach dem früheren Kiel-Nord;
Bezirk II. bestand aus den ehemaligen Bezirken West und Altstadt;
Bezirk III. faßte die Stadtteile Gaarden-Süd, Hassee zusammen, die Grenze zum zweiten Bezirk waren nun der Hasseldieksdammer Weg und die Ringstraße;
Bezirk IV. umfaßte die Ostuferstadtteile.

In den Kommunalwahlen bis 1914 ergab sich ein politisches Patt, denn in Bezirk I./II. siegte der Bürgerblock, in III./IV. die SPD. Den Bürgerlichen genügte es, der Sozialdemokratie nicht die Mehrheit zu überlasen und den Bürgermeister und die Magistratsmitglieder zu stellen. Denn:
„In den Magistrat ließ man bis Ende des Krieges keinen Sozialdemokraten hinein, grundsätzlich nicht. Der Magistrat wurde zwar auch von allen Bürgern gewählt, aber die Bürgerschaft konnte nur wählen unter den ihr von der Präsentationskommission präsentierten Kandidaten. Die Präsentationskommission wurde gebildet aus sämtlichen Magistratsmitgliedern und der gleichen Zahl von Stadtverordneten, die von der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden. So hatten die Bürgerlichen in der Präsentationskommission immer die große Mehrheit . . .“[28]
Noch immer spiegelten also die Stadtverordnetenversammlung und die politische Stadtführung nicht die Gesamtheit und den

Wohnblock in der Gutenbergstraße in Kiel, genannt die „Bebel-Burg“, 1901

Willen der Bürger, Wähler und Einwohnerschaft wider; der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte zunächst die politische Lösung dieses Problems, die erst mit der Revolution von 1918 erreicht wurde.

Gaarden – hier lebten die meisten Kieler Arbeiter; die Sozialdemokratie erhielt hier 1909 77 % der Stimmen. Die Aufnahme des Postkartenfotografen beschönigt die tatsächlichen Verhältnisse in diesem Stadtteil, indem die triste Realität der Hinterhöfe hinter den Häuserfassaden weggeblendet wird. (Foto: Privatarchiv H. Wind)